

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

10.11.2022

MdL Daniel Seiffert

TOP 25

Beratung des Antrages der Fraktion der AfD

Fischfangquotenverhandlung mit Russland eröffnen – Dialog suchen

Drucksache 8/1483

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

Fischfangquoten geben die Menge an, die von einer Fischart in einem festgelegten Gebiet und Zeitraum gefischt werden darf. Die gemeinsame Fischereipolitik der Europäischen Union legt solche Quoten jährlich für jeden Mitgliedstaat fest, unter anderem jeweils auch für Nord- und Ostsee. Die Basis hierfür bilden Vorschläge der Wissenschaft u.a. auch des Thünen-Instituts für Ostseefischerei in Rostock. All dies, meine Damen und Herren von der AfD, wissen Sie. Und all dies lehnen Sie ab.

Denn Sie verlangen mit Ihrem Antrag, dass dieser Landtag die Bundesregierung auffordert, sich von der gemeinsamen europäischen Fischereipolitik zu verabschieden und im Alleingang mit der Russischen Föderation bilaterale Verhandlungen über Fischfangquoten in der Ostsee zu führen. Ich gehe davon aus, dass solch ein Ansinnen niemals in diesem Landtag eine Mehrheit finden wird.

Das hat nicht nur mit dem schrecklichen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands zu tun, in dessen Folge die EU die Gespräche, Verhandlungen und Vereinbarungen mit Russland auf Eis gelegt hat, bis Russland diesen Krieg beendet und sich komplett aus dem Territorium der Ukraine zurückzieht sowie deren staatliche und territoriale Integrität anerkennt und garantiert. Allein dies wäre ja schon Grund genug, diesen Antrag abzulehnen. Wir lehnen diesen Antrag aber auch ab, weil wir nicht wollen, dass Deutschland aus der gemeinsamen Fischereipolitik der EU ausscheidet und weil aus unserer Sicht nur mit dieser gemeinsamen Politik eine nachhaltige Fischerei möglich ist, die die Fischbestände und Meeresumwelt schützt. Und nur so ist überhaupt noch eine Zukunft für die Kutter- und Küstenfischerei in unserem Land denkbar.

Die Ablehnung dieses Antrags hat neben diesen politischen auch fachliche Gründe. Wenn wir uns anschauen, wo die Kutter- und Küstenfischer unseres Landes fischen, stellen wir fest, dass sie nahezu ausschließlich auf Fischbestände der westlichen Ostsee zugreifen. Und wir stellen auch fest, dass es auf diese Bestände keinen Einfluss der russischen Fischerei gibt. Über was sollte also die Bundesregierung mit Russland verhandeln? Es wären Verhandlungen, die nichts für die einheimische Fischerei bringen.

Ostdorsch wird von unserer Fischerei aufgrund der ökologisch bedingten schlechten Bestandssituation auch in absehbarer Zukunft nicht mehr gefangen werden können. Auch da gibt es nichts mit Russland zu verhandeln. Die einzigen Überschneidungen von deutschen und russischen Interessen, die meine Fraktion und ich sehen, liegen lediglich noch bei Sprotte und Hering der zentralen Ostsee. Aber auch hier sind unsere Fischereibetriebe aus Mecklenburg-

Vorpommern nicht direkt betroffen. Derzeit fischen in der zentralen Ostsee für wenige Wochen im Jahr zwei größere Fahrzeuge aus Heiligenhafen und Cuxhaven und die Bestände von Hering und Sprotte dort sind in einem guten Zustand. Also noch einmal die Frage an Sie, meine Damen und Herren der AfD, über was soll Deutschland eigentlich mit Russland verhandeln?

Wir lehnen Ihren Antrag als konsequente Anti-Kriegspartei, als Verfechter länderübergreifender, europäischer Lösungsansätze und aus guten politischen und fachlichen Gründen ab.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.